



# Kommentar

04.10.2023

## Rekordeinnahmen bei Hundesteuer: Kommune profitiert, Tierschutz verliert

Mit 414 Millionen Euro haben die Kommunen in Deutschland 2022 so viel Hundesteuer eingenommen wie noch nie. Im Vergleich zu 2021 stiegen die Einnahmen um 3,3 Prozent. Währenddessen sind viele Tierheime, die im Auftrag der Kommunen die Betreuung von Fundtieren übernehmen, am Limit und darüber hinaus. Dazu kommentiert Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes:

„Die Kommunen profitieren von der gestiegenen Anzahl an Hunden in deutschen Haushalten. Mehr Hunde bedeuten mehr Einnahmen durch die Hundesteuer, die in den großen kommunalen Topf fließen. Gleichzeitig landen aber auch immer mehr Tiere – insbesondere problematische Hunde – in den Tierheimen. Trotz der Rekorderinnahmen durch die Hundesteuer gehen die Tierheime jedoch meist leer aus und werden an der Rathaustür wie Bettler behandelt. Obwohl die Tierheime im Auftrag der Kommunen Fundtiere aufnehmen und von den Ämtern beschlagnahmte Tiere übernehmen, werden die dafür anfallenden Kosten noch immer defizitär erstattet. Die Tierheime müssen eigene Spendengelder zuschießen, um diese Tiere überhaupt angemessen versorgen zu können.

Über Jahre sind die Tierheime von den Kommunen, den Ländern und dem Bund als Ausputzer staatlichen Versagens missbraucht worden. Wer aber im Jahr 414 Millionen Euro an Hundesteuer einsammelt, darf diejenigen, die sich für das Leben von Mitgeschöpfen einsetzen, nicht um das, was ihnen finanziell zusteht, betteln lassen. Tierheime übernehmen zentrale Tierschutzaufgaben für Kommunen und Landkreise. Die Kommunen müssen endlich mehr Geld in den Tierschutz investieren – das gebietet auch das Staatsziel Tierschutz im Grundgesetz. Wir fordern einmalig mindestens die Hälfte der bundesweiten Hundesteuereinnahmen für einen Tierheim-Fördertopf, damit der praktische Tierschutz vor Ort nicht zusammenbricht.“

**Hinweis an die Redaktionen:** Der Deutsche Tierschutzbund hat für den heutigen Welttierschutztag das Motto „Staatsziel Tierschutz verpflichtet!“ ausgerufen. Bereits in der vergangenen Woche demonstrierte der Dachverband der Tierheime zusammen mit Vertretern von Landestierschutzverbänden und örtlichen Tierschutzvereinen vor dem Kanzleramt in Berlin für mehr Unterstützung für die Tierheime.

### Bildmaterial:

Fotos von der Protestaktion Sie [hier](#) zum Download.  
Copyright: Deutscher Tierschutzbund e.V.

Bundesgeschäftsstelle  
Presseabteilung

In der Raste 10  
53129 Bonn  
Tel: 0228/60496-24  
Fax: 0228/60496-41

E-Mail:  
presse@tierschutzbund.de  
Internet:  
www.tierschutzbund.de

Gemeinnützigkeit  
anerkannt

Registergericht  
Amtsgericht Bonn  
Registernummer  
VR3836

Sparkasse KölnBonn  
BLZ 370 501 98  
Konto Nr. 40 444

IBAN:  
DE88370501980000040444  
BIC:  
COLS DE 33